



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/34 - 9. Februar 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21884-38
Fernschreiber 0986890

Die Schulraunnot - eine Kulturschande	S. 1
Kritischer Truppenabzug in Sichtweite	S. 4
Zur Amerikareise Glienhausers	S. 5
Ratlose CDU	S. 7
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

Es geht um die Bürger von morgen

Von Richard Reitzner, MdE.

In den letzten Monaten ist der Ruf nach Förderung der Forschung und der Wissenschaft immer stärker geworden. Kamhafte Wissenschaftler und Politiker haben sich zu Worte gemeldet. Unter anderem waren Professor Dr. Walther Gerlach, Waldemar von Knörring und Professor Dr. Schiller bemüht, in der Öffentlichkeit Verständnis zu erwecken. Zuletzt hat die SPD im Dezember in Düsseldorf unter dem Motto "Kolonialisierung des Geistes" an unsere gesellschaftlichen und politischen Kräfte appelliert. Es handelt sich dabei unzweifelhaft um eine begründenswerte Initiative, die von München aus hartnäckig ihren Weg nahm.

Nun wird sich der Deutsche Bundestag mit diesen Problemen beschäftigen müssen. Es ist eine Frage der Reformen, der Instanzen und der Mittel. Da die Länder nicht über die notwendigen Mittel verfügen, soll der Bund einige hundert Millionen bereitstellen. Der Katalog der Probleme ist ziemlich umfangreich. Es handelt sich um organisatorische Schulaufgaben, um den Schulneubau, um eine einheitliche Grundsatzregelung im Erziehungs- und Bildungswesen und um die innere Reform der Schulen aller Kategorien. Viele ideelle und materielle Notstände sind noch zu beseitigen. Darunter befindet sich die Neuordnung der Lehrerbildung und die Neubesehung der Lehrer. Die Lehrerbildung und die Beseitigung des Lehrermangels sind in der Fülle der Probleme bedeutsame und dringende staatspolitische und kulturpolitische

Aufgaben. Wir sollten daher versuchen, eine gültige Rangordnung der Aufgaben zu erarbeiten, damit die Maßstäbe nicht verlorengehen, oder gar Richtungslosigkeit einreißt.

Vor allem muss die Bezogenheit auf das Ganze sichergestellt werden. Zu den dringendsten Aufgaben gehören ohne Zweifel die Beseitigung der Schulraumnot und des Lehrermangels. Jedes Zuwenig muss zwangsläufig zum Versagen, ja zum Zusammenbruch führen. Wenn wir nur die Volksschulen herausheben, so handelt es sich in den sieben Länder-Staaten (ohne die Saar) um 5.140.000 Volksschüler. Diese Volksschüler von heute sind die Bürger von morgen. Unter den heutigen Schulverhältnissen (es fehlen in der Bundesrepublik 40.000 Schulräume) ist vielfach das Unterrichtsziel nicht zu erreichen. Gesundheitliche und geistige Schäden sind die Folgen des Schichtunterrichts. Hören wir einmal Schüler selbst:

"In Freising hatten wir auch Schichtunterricht, es war zum Verrücktwerden. Die Patres schimpften immer, weil die eine Klasse von 8 bis 1 Uhr Unterricht hatte und erst 1/4 nach 1 Uhr zum Essen kam, während die zweite Gruppe um 1 Uhr mit der Schule anfing und die dritte Gruppe um 2 Uhr. Da ging alles wild durcheinander".

Oder eine andere Stimme:

"Bei uns daheim gibt es fast jeden Tag ein Theater, wir sind vier Geschwister. Jedes kommt zu einer anderen Zeit zum Essen. Da wird die Mutter oft fuchsteufelwild, so dass der letzte Esser alles verbrannt bekommt".

Die Süddeutsche Zeitung vom 9./10. Mai 1956 berichtet dazu unter dem Motto: "Angeklagt: Der Schichtunterricht", dass sich viele Schüler über Schmutz, schlechte Luft, Unordnung und Unsauberkeit, die sie im Schulzimmer beim Wechsel vorfinden, beschwerten.

Die Mütter klagen, dass Kinder zu viele Kräfte verbrauchen, um das Durcheinander ihres Tageslaufes immer wieder zu überwinden. Der Arzt sieht die grösste Gefahrenquelle des Schichtunterrichts in der geistigen Überforderung. Die Lehrer stellen fest, dass der tägliche Wechsel der Arbeitszeiten die Kinder innerlich unruhig macht und sie an Unstetigkeit gewöhnt. Der Nachmittagsunterricht, besonders in den Unterklassen und während der heissen Sommermonate, vermindert die Arbeitsleistung.

Es handelt sich hier um Pflichten, die sich aus dem Rechte der

Jugend für eine Erziehung zu körperlicher, geistiger und gesellschaftlicher Tüchtigkeit ergeben.

Mit diesen Sorgen hat sich auch immer wieder die ständige Konferenz der Kultusminister beschäftigt. Nun findet sich in dem Bericht der 52. Plenarsitzung der Kultusminister neben vielen richtigen Feststellungen folgender orakelhafter Satz: "Das Ende des Schichtungsunterrichts ist nach den Berichten der Länder abzusehen". Da die Kultusminister selbst den finanziellen Bedarf auf etwa 4,5 Milliarden DM schätzen, ist leider im Augenblick das Ende des Schichtungsunterrichtes nicht abzusehen. Im besten Fall kann bei gleichbleibender Leistung der Länder (sie haben jährlich 1/2 Milliarde DM aufgebracht) in acht bis zehn Jahren das Ende des Schichtunterrichts zu erwarten sein. Ein solcher Zustand ist unverantwortlich und es ist daher Pflicht der Länder und des Bundes, mit vereinten Kräften die Bewältigung dieser Aufgabe in Angriff zu nehmen.

Die SPD hat bereits am 20. April 1956 in einer grossen Anfrage die Bundesregierung gefragt, ob der Regierung die hohe Zahl von fehlenden Schulgebäuden und Unterrichtsräumen bekannt ist und ob sich die Regierung der Tatsache bewusst ist, dass dieser Zustand schwere Auswirkungen auf die körperliche und geistige Entwicklung unserer Jugend haben muss.

Was soll und was kann also geschehen? Wie wir wissen, handelt es sich primär um ein finanzielles Problem. Die Länder sind im Rahmen ihrer jetzigen Einnahmen und mit Rücksicht auf ihre übrigen Verpflichtungen weder in der Lage, die Schulraumnot in einigen Jahren zu beseitigen, noch können sie gleichzeitig das Programm für die Förderung der Wissenschaft und Forschung finanzieren. Es ergibt sich also für den Bund und Verpflichtung, mit Millionenbeträgen einzuspringen. Eine Möglichkeit ist, den Bundesanteil am Aufkommen der Einkommens- und Körperschaftsteuer nach Art. 106 des Grundgesetzes zugunsten der Länder herabzusetzen. Das liess sich nach Absatz 4 dieses Artikels ab 1. April 1958 verfassungsmässig tun. Eine andere Lösung (und das ist die schnellere und praktischere) wäre, Mittel im Haushalt des Bundes-Etat 06 sicherzustellen und dabei mit den Ländern zweckmässige Verwaltungsvereinbarungen zu treffen.

Diese eine Aufgabe, der Kampf gegen die Schulraumnot, verlangt schnelle und ausreichende Massnahmen, wenn die Schulraumnot nicht das Wunderlichste des Deutschen Wirtschaftswunders bleiben soll. Die in der letzten Zeit sichtbaren Bemühungen zur Beseitigung des Schichtunterrichts und der Schulraumnot haben bisher noch keine befriedigenden Ergebnisse gezeigt. Wenn wir nicht weiter absinken wollen, heisst es handeln. Neben den Ländern ist jetzt auch der Bundestag aufgerufen. Ihn sei das Wort erteilt. + + + - 4 -

9. 2. 1957

In Prozess der Umrüstung

sp - Militärische, wirtschaftliche und allgemein politische Gründe lassen den Zeitpunkt immer näher rücken, an dem Grossbritannien beträchtliche Abstriche an seinem in der Bundesrepublik stationierten Truppenbestand vornehmen wird. Die Diskussion darüber wird in der britischen Öffentlichkeit schon seit langen geführt, sie hat sich in den letzten Tagen verstärkt und fand ihren sichtbaren Niederschlag in der Amerikareise des britischen Verteidigungsministers Duncan Sandys.

Seine zurückhaltenden Äusserungen im britischen Unterhaus liessen das Ausmass der Schwierigkeiten erkennen, denen er in den Vereinigten Staaten begegnete. Offenbar geht den Amerikanern der vorgesehene Abbau der Stationierungstruppen - es wurde in diesem Zusammenhang die Zahl von 30 000 genannt, was einer Verminderung um ein Drittel gleichkäme - zu weit. Auch zeigen sie wenig Neigung, den britischen Wunsch nach Ausstattung aller britischen Truppen mit Atomwaffen zu erfüllen, da sie befürchten müssen, dass dann auch alle anderen Staaten der NATO dem britischen Beispiel folgen würden, was gewiss nicht den Bemühungen um eine Rüstungsbegrenzung förderlich wäre.

Die Briten stehen jedoch unter einem Swang. Die gegenwärtige Rüstungslast übersteigt ihre finanziellen Möglichkeiten. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass sie schon auf der Tagung des Ministerrates der Westeuropäischen Union am 26. Februar in London mit dem Vorschlag einer Reduzierung ihrer Truppenstärke in der Bundesrepublik kommen werden. Sie können sich dabei auf das Beispiel eines anderen NATO-Partners, Frankreich, berufen, das, wenn auch aus anderen Gründen, seine Truppen zum grössten Teil aus der Bundesrepublik abgezogen hat. Frankreich hat dies ohne Befragung oder vorherige Verständigung der Bonner Regierung getan. Seine Truppen befanden sich nun auf dem heissen Boden Nordafrikas statt in Westdeutschland. Kein Protest Bonn über die Entblössung des Abschnitts Mitte der NATO ist bekanntgeworden, wird er nun laut werden, wenn die Briten ihre Absicht verwirklichen?

Die britischen Pläne erfüllen das offizielle Bonn mit Unbehagen.

Sie passen nicht in seine Vorstellungen, gibt es sich doch dem merkwürdigen - um nicht zu sagen phantastischen - Gedanken hin, die Anwesenheit der alliierten Truppen auf deutschem Boden sozusagen als Druckmittel für künftige Verhandlungen mit der Sowjetunion mit ins Spiel zu führen. Es kommt dabei in Widerspruch zu einer unaufhaltsamen Entwicklung. Die militärisch "verdünnte Zone", von der der Bundeskanzler als mögliches Ergebnis von erfolgreichen Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands sprach, nimmt ja schon jetzt Gestalt an. Niemand kann bezweifeln: das militärische Potential der Westalliierten auf deutschem Boden ist heute geringer als auf den Höhepunkten des Kalten Krieges. Es wird mit dem Abzug eines Drittels britischer Truppen noch geringer werden, da auch die Franzosen gar nicht daran denken, ihre so stark gelichteten Verbände wieder aufzufüllen.

Diese Tatsache wird sich auch nicht durch noch so grosse Bonner Angebote, Beiträge für die Stationierungskosten zu leisten, ändern. Sie ist durch die Entwicklung der Waffentechnik begründet und, was noch viel schwerer wiegt, durch den eingetretenen Wandel der Auffassungen über die internationale Lage; man muss in den westlichen Ländern die Politiker schon mit der Laterne suchen, die einen möglichen sowjetischen Angriff in absehbarer Zeit erwarten. Nur die Bonner Politik nimmt diesen Wandel in der internationalen Politik mit all seinen Möglichkeiten und neuen Chancen auch für die Lösung der deutschen Frage nicht zur Kenntnis. Es ist auf dem besten Wege sich zu übernehmen, ohne dabei effektive Sicherheit und Fortschritte in der wichtigsten Lebensfrage des deutschen Volkes zu erreichen.

+ + +

Botschafter guten Willens

Der - Den politischen Führungsechichten in den Vereinigten Staaten ist der Gedanke nicht mehr so fremd, wie er noch vor wenigen Jahren war, in der deutschen Sozialdemokratie die Führungskraft von morgen in der Bundesrepublik zu sehen. Äusserer Ausdruck ist das Bedürfnis, den Mann kennenzulernen, an dem sich die Hoffnungen an eine Wende in der deutschen Politik knüpfen, den Vorsitzenden der grössten deutschen Oppositionspartei, Erico Cillenhauer. Sein umfangreiches,

9. 2. 1957

fast auf die Stunde ausgefülltes Besuchsprogramm wird ihn in Verbindung mit der politischen Elite der Vereinigten Staaten bringen. Von ihm wird diese Elite Gedanken und Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie über die Lösung der wichtigsten deutschen Lebensfragen erfahren, bei deren Regelung die USA in Verbindung mit ihren Alliierten des zweiten Weltkrieges, der Sowjetunion, ein bestimmendes Wort zu sagen haben.

Es haben in den Vereinigten Staaten in den zurückliegenden Jahren manche irrtümlichen Auffassungen über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in Fragen der nationalen und internationalen Politik bestanden. Die spezifische, von Klima des Kalten Krieges geformte USA-Deutschland-Konzeption stützte sich in dieser Zeit auf Kräfte in der deutschen Politik, die allzu bereit waren, den Kalten Krieg als Dauerzustand bestehen oder ihn wieder auferstehen zu lassen. Wenn heute der Bundeskanzler auf die politische Führung der Vereinigten Staaten nicht gut zu sprechen ist - manche sagen, er sei richtig böse - so liegt das wohl daran, dass er an eine Unwandelbarkeit der amerikanischen Politik geglaubt hat. Das war und ist ein Irrtum. Sie stellte und stellt die Fähigkeit der USA zu elastischen, veränderten Umständen sich anpassendem Denken und daraus folgender politischen Handlungen nicht in Rechnung. So sind heute in der USA mächtige Einflüsse wirksam, an die Lösung von Weltproblemen, zu denen auch die Deutschlandfrage gehört, mit neuen Ideen heranzugehen; die dort geführte Deutschland-Diskussion geht in ihrer Kühnheit und in ihrem Weitblick weit über das hinaus, was das offizielle Bonn zu bieten hat. Wie armselig, wie begrenzt, wie provinziell nimmt sich vor solchem Hintergrund der Bonner Horizont aus.

Die Regierungspropaganda stellt eine mögliche Ablösung der Regierung Adenauer als eine nationale und internationale Katastrophe hin. Was hier geschieht, ist ein besonders trübes Kapitel, dessen Lektüre für spätere Generationen einen erschreckenden Einblick in den Verfall politischer Moral und des Mangels an nationaler und demokratischer Verantwortung von der Partei vermittelt wird, die ein Jahrzehnt deutscher Nachkriegsgeschichte so stark beeinflusste.

In Erick Ollenhauer begegnet die politische Elite der USA dem Repräsentanten des anderen, der Demokratie kompromisslos verpflichteten Deutschlands. Seine Partei ist zwar unbequem, aber dafür zuverlässiger. Seine Mission gilt neben der eigenen Unterrichtung über die bewegenden

Triebkräfte der amerikanischen Politik Verständnis zu wecken für das Wollen, die Ziele und Absichten der deutschen Sozialdemokratie. Sie wird gewiss zu einer Ausweitung der Deutschlanddiskussion in den USA beitragen und gewiss auch die Erkenntnis vertiefen, dass die deutsche Sozialdemokratie als ein entscheidender Faktor in der deutschen Politik nicht negiert werden kann.

+ + +

"... niemand mehr weiss, was er tatsächlich will"

sp - Die abgeschlossene Woche hat die CDU in einem Zustand der inneren Verwirrung zurückgelassen, der sicher noch weitere Auswirkungen haben wird. Bis in die Führungskreise dieser Partei hinein fragt man sich, welche aussenpolitische Linie zur Zeit gültig ist, die ostentativ in der letzten Bundestagsdebatte zur Schau getragene "Unabänderlichkeit" des bisherigen Kanzlerkurses oder die am Freitag von Adenauer in seiner Pressekonferenz erneut angekündigte "Wende in der Politik".

Die Verwirrung in der grössten Regierungspartei ist derartig, dass massgebende CDU-Kreise befürchten, ihre Partei könnte durch die jetzt zutage getretenen Widersprüche noch mehr an Glaubwürdigkeit verlieren, als es bisher schon der Fall war.

Der Versuch, eine Art "Verbindungsline" zwischen der Haltung der CDU-Bundestagsfraktion und der letzten Äusserungen des Bundeskanzlers zu finden, soll gescheitert sein. Beim "Fussvolk" der CDU-Bundestagsfraktion herrscht daher die Meinung vor, dass der Bundeskanzler wieder einmal - wie schon so oft - ohne Information seiner Parteifreunde aussenpolitische Vorgänge in einer Weise interpretiere, die später zu Dementis führen müsse. Die Verärgerung über den Bundeskanzler ist daher allgemein. Man befürchtet, dass Dr. Adenauer, lediglich von dem Bedürfnis nach innenpolitischer Wirkung getragen, das ständig wachsende Zutrauen der Bevölkerung in der Bundesrepublik zu der Haltung der Sozialdemokratie "abfangen" wolle. Nur ein kleiner Kreis in der unmittelbaren Umgebung des Bundeskanzlers sei über dessen wirkliche Absichten informiert.

In diesem Zusammenhang wird in CDU-Kreisen auch auf die Unsicherheit der Begleitung Adenauers anlässlich seiner letzten Pressekonferenz am Freitag hinweisen. Man hatte deutlich das Erschrecken auf den Gesichtern der Begleitung des Bundeskanzlers erkennen können, als dieser mehrfach improvisierte und sich dabei in nicht so leugnende Widersprüche zu seinen eigenen Aussagen verwickelte.

Gelänglichlich wird aber auch die Überlegung angestellt, dass der Bundeskanzler, von der Richtigkeit der Argumente der Opposition innerlich überzeugt, einen Absprung von seinen bisherigen aussenpolitischen Thesen sucht und aus diesem Grunde bewusst die Verwirrung und Unsicherheit so steigert, dass niemand mehr weiss, was er tatsächlich will.

+ + +

Der Parteivorstand tagte

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm am Freitag und Samstag in seiner turnusmässigen Sitzung, die unter Vorsitz von Erich Ollenhauer stattfand, unter anderem interessante Informationen über die internationale Lage entgegen. Ollenhauer stellte fest, dass zahlreiche Anzeichen für eine erfolversprechende Aktivierung der Deutschlandpolitik vorhanden seien. Um so unverständlicher sei es, dass sich die Bundesregierung und die CDU hartnäckig weigerten, neue Vorschläge zur Überwindung der Spaltung Deutschlands zu diskutieren und auf ihrer einseitigen Militärblock-Politik beharren. Im weiteren Verlauf der Sitzung kündigte Ollenhauer an, dass die SPD den Wahlkampf ohne Bindungen oder Absprachen mit anderen Parteigruppierungen führen werde.

Ollenhauer stellte in einem umfassenden Bericht über seine Asienreise fest, dass seine Begleiter und er in allen besuchten Staaten bei offiziellen und inoffiziellen Stellen einer überraschend grossen Aufgeschlossenheit für die deutschen Probleme begegnet seien. Die Bereitschaft, mit Deutschland besonders auf kulturellen und wirtschaftlichem Gebiet in einen Gedankenaustausch zu treten, sei gross. Ollenhauer kündigte an, dass die sozialdemokratische Bundestagsfraktion das Problem der Beziehungen zwischen Deutschland und den asiatischen Ländern zum Gegenstand weitgehender Erörterungen mit der Regierung machen werden.

Zur bevorstehenden Reise nach den Vereinigten Staaten, die der Oppositionsführer am Sonntag in Begleitung des Pressechefs der SPD, Fritz Heine, und des Chefredakteurs des Berliner "Telegraf", Arno Scholz, antreten wird, erklärte Ollenhauer, er sei überzeugt, dass er und seine Freunde in der USA wichtige Informationsgespräche führen können, die den Interessen Deutschlands dienen werden.

Vorstandsmittglied Willi Eichler gab einen umfassenden Überblick über die bisherigen Ergebnisse der von der Sozialdemokratie auf ihrem vorjährigen Parteitag in München ausgelösten Offensive zur Mobilisierung des Geistes. Die von der SPD entwickelten Vorschläge haben nicht nur an den Universitäten und Hochschulen ein aussergewöhnlich starkes Echo gefunden, sondern wurden auch bei den Gewerkschaften sehr beachtet. Die Reden, die zu den Fragen der Mobilisierung des Geistes auf dem Düsseldorfer Kongress gehalten wurden, liegen jetzt in Broschürenform vor. Die Nachfrage ist so stark, dass der Parteivorstand der SPD beschloss, eine Neuauflage herauszugeben.

9. 2. 1957

A n h a n g

Der Parteivorstand nahm im weiteren Verlauf der Sitzung die Wahl, bzw. Ergänzung folgender Ausschüsse vor: Ausschuss für Fragen der Sicherheit, Agrarpolitik, Rechtspolitik, Kommunalpolitik, Wirtschaftspolitik, Wohnungsbaupolitik, Sozialpolitik, Kriegsopferbetreuung und Organisationsfragen der Partei.

Die Vorstandsmitglieder Alfred Nau und Kerta Gotthelf berichteten über die Tätigkeit des Hilfswerkes für Ungarnflüchtlinge, das in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt namhafte Beträge sowie zahlreiche Kleidungsstücke und Medikamente zur Verfügung stellen konnte. Zur Zeit befinden sich in der Bundesrepublik 12 500 Ungarnflüchtlinge; in der Mehrzahl junge Arbeiter.

Das Mitglied des Vorstandes, Herbert Wehner, gab einen Überblick über die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in den Fragen des gemeinsamen europäischen Marktes. Berichte über die nach dem Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein entstandene sozialpolitische Situation (Alfred Nau) sowie über kommunalpolitische Fragen (stellvertr. Vorsitzender Wilhelm Mellies) ergänzten das Bild der zahlreichen Aktivitäten der Sozialdemokratischen Partei.

Nach einem Bericht des Vorstandsmitgliedes Max Kukil über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften der SPD beschloss der Parteivorstand die Ergänzung der Richtlinien für die Tätigkeit dieser Arbeitsgemeinschaften.

Als Vertreter des Parteivorstandes der SPD werden deren stellvertretender Vorsitzender Wilhelm Mellies und Vorstandsmitglied Willi Eichler an dem im März stattfindenden Parteitag der holländischen "Partei der Arbeit" teilnehmen.

Der Parteivorstand beschloss ferner, seine nächste Sitzung am 7. und 8. März 1957 in Berlin abzuhalten.